

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Kultur und Wissenschaft
Mag. Veronica Kaup-Hasler

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Lukas Brucker, MA (FPÖ), Leo Lugner (FPÖ) und Maximilian Krauss, MA (FPÖ) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft Mag. Veronica Kaup-Hasler zu Post Nr. 31 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 19.05.2026.

Keine Subventionierung parteipolitischer Agitation durch Kulturförderungen der Stadt Wien

Im Rahmen des Förderansuchens für das Filmfestival „QUEERTACTICS“ für das Jahr 2026, welches laut vorliegenden Unterlagen mit 45.000 Euro aus Mitteln der Stadt Wien gefördert werden soll, finden sich zahlreiche offen politische und ideologische Aussagen.

So wird darin unter anderem ausdrücklich gegen „rechtspopulistische Kräfte“ sowie gegen die „misogynie und queerfeindliche FPÖ“ polemisiert. Damit überschreitet das Projekt klar den Rahmen der Würdigkeit einer Kunst- und Kulturförderung und entwickelt sich zu einem mit öffentlichen Geldern unterstützten politischen Agitationsprojekt.

Selbstverständlich steht es jedem Kulturbetrieb frei, politische Positionen zu vertreten. Nicht selbstverständlich ist jedoch, dass Wiener Steuerzahler verpflichtet

werden, mit ihren Abgaben parteipolitische Kampagnen gegen demokratisch gewählte Parteien zu finanzieren.

Kulturförderung darf nicht dazu missbraucht werden, ideologische Vorfeldarbeit oder politische Aktivismusprojekte mit Steuergeld zu finanzieren.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen gemäß §27 Abs.4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft wird aufgefordert sicherzustellen, dass Fördermittel der Stadt Wien ausschließlich zur Förderung kultureller Leistung und nicht zur Finanzierung parteipolitischer Agitation oder Diffamierung demokratisch legitimer Parteien verwendet werden.

Insbesondere sind Förderansuchen künftig einer gesonderten Prüfung zu unterziehen, wenn darin politische Parteien oder gesellschaftliche Gruppen ausdrücklich verunglimpft oder politische Kampfbegriffe zur ideologischen Agitation verwendet werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

